

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/180

Bonn, den 23. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Alte Formeln genügen nicht</u> Im Vorfeld der außenpolitischen Debatte des Bundestages	37
1a	<u>Zuchtmeister DDR</u> Die SED-Presse und ihr Umgang mit kommunistischen Parteien	32
2 - 3	<u>Schleichende Entpolitisierung?</u> Bedenkliche Fernseh-Programmstrategie Von Lothar Schwartz, Referent für Rundfunk- und Fernsehfragen beim Parteivorstand der SPD	56
4	<u>Fast eine Milliarde DM 1969</u> Das Land Hessen hilft seinen Gemeinden	42
5	<u>"Ich will nicht ins Gefängnis"</u> Basken- und Priesterrebellion ängstigen "Establishment" Von unseren ED-1-Korrespondenten in Madrid	39

\* \* \*

### Alte Formeln genügen nicht

#### Im Vorfeld der Außenpolitischen Debatte des Bundestages

sp - Emotional bedingte und scheinbar logische Schlußfolgerungen, die sich für die deutsche Politik in der gegenwärtigen Situation ergeben sollen, werden - wie schon so oft - im Vorfeld einer außenpolitischen Debatte des Bundestages für die deutsche Politik gezogen. Dem Normalbürger muß es schwindelig werden, wenn er in seiner Zeitung mit Forderungen konfrontiert wird, deren Erfüllung bedeuten würde, daß die Rüstungsschraube immer weiter angezogen werden müßte. Im stillen Kämmerlein jedoch sagt sich jeder trotz der Ereignisse in der Tschechoslowakei, nüchtern denkende Mensch, daß unsere Sicherheit nicht nur von der Anzahl deutscher Divisionen oder der Vermehrung unseres rein militärischen Verteidigungspotential abhängig ist. Wenn Willy Brandt am vergangenen Wochenende in Frankfurt sagte, es sei nicht damit getan, alte Formeln zu wiederholen oder uns zu Kasse zu bitten, dann trifft er damit den Nagel auf den Kopf.

Eben haben die Sowjets eine neue Pioniertat in der Weltraumfahrt vollbracht. Ihr wissenschaftliches und damit auch ihr militärisches Potential rückt bedenklich an das der Vereinigten Staaten heran. Gewiß, man wird in den USA neue Anstrengungen machen und die Sowjetunion wieder zu überflügeln versuchen. Aber im nächsten Zug sitzen dann wieder die Sowjets.

Man braucht kein Prophet zu sein, um heute schon sagen zu können, daß dieser Wettlauf der Giganten alle bisher gültigen Maßstäbe verändert, die man noch bis in die jüngste Zeit hinein zur Lösung anderer Probleme angelegt hat.

Für uns bedeutet dies, daß wir auch im Blick auf unsere Verteidigung und Sicherheit beweglicher aber auch politischer denken und handeln müssen. Die Modernisierung und damit die erhöhte Wirksamkeit unserer Verteidigung erfordert ein Umdenken auf allen Gebieten unseres staatlichen Lebens. So leicht es sein mag, mit gängigen Parolen das abfangen zu wollen, was die Sowjets Europa angetan haben und noch antun, so nutzlos wäre es, wenn wir uns den Anschein gäben, wir könnten mit traditionellen Maßnahmen auch nur einen Schritt weiterkommen oder gar unsere Sicherheit garantieren.

In der Bundestagsdebatte wird genügend Zeit sein, um alle mit diesem Problem im Zusammenhang stehenden Fragen auszuleuchten. Es ist zu hoffen, daß danach unser Volk mit etwas mehr Klarheit alles das überblicken kann, was es heute bedrängt.

+ + +

Zuchtmeister DDR

Die SED-Presse und ihr Umgang mit kommunistischen Parteien

sp - Eine der widerlichsten Rollen in einer mit Ängsten, Unsicherheit und Befürchtungen vollgeladenen Zeit spielt die kommunistische SED. Sie hat bei der Bewertung der durch die Invasion der Tschechoslowakei entstandenen Lage jedes Augenmaß verloren. Die SED-Presse schlägt wild um sich und spielt sich zum Schiedsrichter auf. Eine tschechoslowakische Zeitung hat schon recht, wenn sie es als beleidigend empfindet, daß die meisten SED-Zeitungen mit Schweigen übergehen, "daß in der CSSR überhaupt eine kommunistische Partei und eine verantwortliche Regierung existieren, die sich ehrlich um die Erfüllung der Moskauer Abmachungen bemühen". Die gleiche Zeitung bemerkt in diesem Zusammenhang, die DDR-Journalisten schreiben so "als ob es in ihrem Interesse wäre, wenn wir wieder zur Einpersonenherrschaft zurückkehren würden". Welch ein vernichtendes, die schäbige Rolle der SED kennzeichnendes Urteil.

Ins Schußfeld der SED-Presse ist auch Jugoslawien geraten. Die Ostberliner "Berliner Zeitung" nimmt es den Jugoslawen übel, daß sie in der Verurteilung der Invasion der Tschechoslowakei kein Blatt vor den Mund nehmen, und dabei die Mitwirkung der DDR gebührend herausstellen. Die "Berliner Zeitung" verband die Kritik an der jugoslawischen Kritik mit der unmißverständlichen und frechen Drohung, für Jugoslawien könnten derartige "Fehlinformationen" verhängnisvolle Folgen haben, "Folgen, die keinen sozialistischen Staat unberührt lassen".

Die kommunistische SED fühlt sich zum Zuchtmeister für all jene kommunistischen Parteien berufen, die nicht nach der Pfeife der Herren von Ostberlin tanzen und sich Belehrungen von dort erteilen lassen wollen. Welche Arroganz, welch ein Hochmut... Sie erinnern an die schlimmsten Zeiten des preußischen Militarismus, der seinen Untergebenen das Gruseln lehrte. Die sedistische Presse schändet nicht nur die deutsche Sprache, sie schädigt auch den Ruf unseres Volkes. Sie stört den Frieden und heizt mit ihren Drohungen Spannungsherde an. Dahinter verbirgt sich schlechtes Gewissen.

## Schleichende Entpolitisierung?

### Bedenkliche Fernseh-Programmstrategie

Von Lothar Schwartz

Referent für Rundfunk- und Fernsehfragen beim Parteivorstand der SPD

Wird im Konkurrenzkampf in den TV-Kanälen um Publikumsgunst die vertiefende Information untergebettert? Für diese Fragestellung gibt es zwei konkrete und aktuelle Anlässe. Ihre nähere Untersuchung - das sei vorweggenommen - macht die Fragestellung eigentlich schon zur Feststellung. Was die neun ARD-Intendanten mit der Sendereihe "Bericht aus Bonn" und was die maßgeblichen ZDF-Programmstrategen mit der Späße Dokumentation für 1969 im Sinn haben, kann nur als bedenkliche Vernachlässigung eines wesentlichen publizistischen Auftrages der öffentlich-rechtlichen Funk- und Fernsehanstalten verstanden werden. Die sich mehrenden Indizien für eine schleichende und verbrämte Entpolitisierung unserer Fernsehprogramme und damit zugleich für die Annäherung der TV-Programmgestaltung an die von kommerziellen Überlegungen bestimmten Publikumszeitschriften müssen schließlich zu der Frage führen, ob und wie lange die gravierenden Argumente gegen kommerzielle Einbrüche in unser gegenwärtiges Rundfunkwesen noch wirklich stichhaltig sind.

Wenn Krimis zum Kriterium für die Programmschemata werden, dann verliert jedenfalls der "Alleinvertretungsanspruch" der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten im bundesrepublikanischen Antennenwald an Überzeugungskraft. Wenn eine in ihrem Informationswert über die Arbeit von Bundestag, Bundesregierung und demokratischer Parteien unbestrittene und auch erfolgreiche Sendereihe wie "Bericht aus Bonn" gerade noch für "gut" genug befunden wird, um die Zeitlücke zwischen den Freitags-Krimis im Zweiten und Ersten Programm zu füllen, dann ist es allerhöchste Zeit die zu solchen Beschlüssen bereiten Intendanten an einige in Rundfunkgesetzen und Staatsverträgen kodifizierte Richtlinien zu erinnern. Sie können und dürfen durch die Faszination der für Krimis, Familienserien à la "Forellenhof" und Quiz-Shows nicht außer Kraft gesetzt werden.

Es ist auch ein eklatanter Widerspruch, wenn Intendant Prof. Dr. Karl Holzamer vom Zweiten Deutschen Fernsehen unter dem Schwort "Lebenshilfe" den Bildschirm als Medium praktischer Pädagogik und staatsbürgerlicher Bildung proklamiert, und es dennoch zuläßt, daß ausgerechnet die darauf angelegten Dokumentationsendungen quantitativ um rund 30 Prozent beschnitten und die verbleibenden Termine denkbar ungünstig im "koordinierten" Programmschema platziert werden. Das ZDF muß sich auch die Frage gefallen lassen, ob die Länderanstalt in Mainz durch ihre auf rasch ansteigende Einschaltquoten abgestellte aggressive Programmstrategie nicht den Anlaß für die negative Anpassungs-Taktik

der ARD geliefert hat.

Um ganz konkret zu werden: Der wirkliche Anstoß zu der ARD-Entscheidung, die Sendetermine für politisch-zeitkritische Fernsehmagazine am Freitagabend zu streichen, geht wohl weniger auf die "Selbsterkenntnis" einer "Übermagazinierung", als auf die starken Resonanzverluste der Reihen "MONITOR" und "Report" im ungleichen Wettstreit mit "Aktenzeichen XY" und "Kriminalmuseum" im ZDF-Programm zurück. Und der am 11. September nach einer Intendanten-Konferenz in Bremen mitgeteilte Beschluß, den "Bericht aus Bonn" von seinem bisherigen Sendetermin am Freitagabend kurz nach 22 Uhr auf 21 Uhr vorzuverlegen, ist keine Reverenz vor der Bedeutung dieser Wochenbilanz über Ereignisse und Entwicklungen in der Bundeshauptstadt, sondern ganz im Gegenteil eine Abwertung zum Lückenbüßer, der ab Januar 1969 am Freitagabend um 21.15 Uhr die "Drehscheibe" für den Zuschauer-Umstieg von Programm-"Lokomotiven" im ZDF zum ARD-Krimi sichern helfen soll. Das Schicksal, das einer der wesentlichen Informationsendungen aus und über Bonn in der Konkurrenz mit den attraktivsten Programnteilen des ZDF damit bevorsteht, läßt sich an zwei Zahlenbeispielen verdeutlichen: Am 5. Juli 1968 wurde für die mit "Aktenzeichen XY" im ZDF konfrontierte "MONITOR"-Ausgabe eine Einschaltquote von sieben Prozent, am 2. August in der gleichen Konkurrenz-Situation eine Sehbeteiligung von acht Prozent ermittelt. Der "Bericht aus Bonn" hat bisher eine durchschnittliche Sehbeteiligung von 21 Prozent (= 6 bis 7 Millionen Zuschauer) und den für diese Sendesparte respektablen Urteilsindex von + 3 zu verzeichnen. Es ist schlichtweg Augenwischerei und wider besseres Wissen gesagt, wenn der frag- und merkwürdige Intendantenbeschluß von Bremen von dafür mitverantwortlichen ARD-Gewaltigen als Verbesserung des politischen Informationsangebots "verkauft" wird. Es bedarf nämlich nicht der geringsten Prophetie, um der zum Spielball und zur taktischen Manövriermasse gewordenen Sendereihe den Verlust von mindestens 50 Prozent ihrer bisherigen Zuschauer-Resonanz vorauszusagen.

Die ARD-Intendanten sollten wissen, daß diese nüchterne Prognose den Politikern geläufig und nicht gleichgültig ist. Bei aller gebotenen Achtung vor der Unabhängigkeit der Funk- und Fernsehanstalten kann es keinen Zweifel an der Legitimation von Politikern und Parteien geben, nach der Vereinbarkeit solcher Programmentscheidungen mit dem keineswegs nur auf der "leichten Welle" zu erfüllenden Auftrag der Sendeanstalten zu fragen. Das Recht zu dieser Frage wird zur Pflicht, weil das hier ausführlich geschilderte Beispiel als weiteres und gravierendes Symptom für eine allgemeine Tendenz hinter den Mattscheiben beider TV-Systeme in der Bundesrepublik nicht mehr zu übersehen ist. Die politischen Mandatsträger in den Aufsichtsgremien unserer Funk- und Fernsehanstalten sind jetzt aufgerufen, die Programmwirklichkeit auf den Bildschirmen in aller Gründlichkeit am gesellschaftspolitischen Auftrag und nicht nur an den als "Erfolgsmeldungen" aufgezogenen statistischen Angaben über den Ablauf des Kanal-Wettbewerbs um quantitative Sehergunst zu messen.

+ + +

Fast eine Milliarde DM 1969

Das Land Hessen hilft seinen Gemeinden

Seit Einführung des Steuerverbundes im Jahre 1956 bis 1968 haben sich die jährlichen unmittelbaren Leistungen des Landes Hessen an die Gemeinden und Gemeindeverbände von 127 Millionen DM auf 970 Millionen DM - also um rund 664 Prozent - erhöht. Dazu kommen 327,5 Millionen DM, die das Land zugunsten der Kommunen auf den Landeshaushalt übernommen hat. Diese Zahlen nannte Innenminister Heinrich Schneider auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion vor dem Plenum des Hessischen Landtags.

Die Ausgaben des Landes für die Kommunen - einschließlich der Überlassung der Verwaltungsgebühren an die Landkreise und der Senkung der Personalkostenbeiträge - werden im Jahre 1969 auf mehr als eine Milliarde DM und im Jahre 1970 auf 1,14 Milliarden DM anwachsen. Diese Leistungen übersteigen um das Mehrfache den Betrag, der den Gemeinden aus der Senkung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer in den nächsten beiden Jahren zufließen wird. Mit diesen Aufwendungen hat das Land Hessen seinen eigenen Haushalts-spielraum bis zur Grenze des Vertretbaren eingeengt. Aller Kritik zum Trotz wird damit erneut der Beweis erbracht, daß sich die hessische Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber den Gemeinden bewußt ist. Die Behauptung, die meisten hessischen Gemeinden hätten die Schuldendienstgrenze erreicht oder überschritten, entbehrt jeder Grundlage. Die Pro-Kopfverschuldung der kleineren hessischen Gemeinden liegt weitgehend unter dem Bundesdurchschnitt. Trotzdem bereitet die finanzielle Situation in einigen größeren Städten und Gemeinden gewisse Sorgen. Die schwierige Haushaltslage ist dort jedoch nur zum Teil auf Strukturschwächen zurückzuführen. Sie beruht ebenso wie in anderen Bundesländern in erster Linie darauf, daß der Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen in den letzten Jahrzehnten ständig zurückgegangen ist, obwohl 62 Prozent aller Investitionen der öffentlichen Hand von den Gemeinden getragen werden. Die hessische Landesregierung wird deshalb weiterhin mit Nachdruck für eine Gemeindefinanzreform eintreten.

Unter 77 Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern, deren Finanz-situation überprüft wurde, waren 26, deren finanzieller Spielraum eine weitere Verschuldung problematisch erscheinen läßt. Bei 7 von diesen Gemeinden ist allerdings die fiktive Schuldendienstgrenze von 15 Prozent der allgemeinen Deckungsmittel noch nicht erreicht. 8 Gemeinden haben ihren Haushaltsplan für 1968 nicht ausgeglichen. 4 größere Städte konnten ihre Haushaltspläne nur dadurch ausgleichen, daß sie die Ansätze für die Unterhaltungs- und Ersatzbeschaffung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens rigoros drosselten oder aber Mittel der Ausgleichsrücklage in Anspruch nahmen.

"Ich will nicht ins Gefängnis"

Basken- und Priesterrebellion ängstigen "Establishment"

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Kaum ein Ereignis wie die gegenwärtige Unruhe im Baskenland und der aktive Ungehorsam, mit dem junge katholische Priester sich auf die Seite der baskischen Nationalisten schlagen, hat Spaniens seit 1939 so gut wie unangefochten regierendes "Establishment" beunruhigt.

Es sieht so aus, als nähere sich Spanien einer entscheidenden Phase, die eine Klärung der innenpolitischen Lage einleitet. Die beiden monarchistischen Flügel, Karlisten und die gespaltenen "Alfonsisten", sammeln eifrig Anhänger, die Militärs erklären offen, daß sie nur eine monarchistische Lösung in Spanien gutheißen.

Ein Vorfall am Rande enthüllt schlaglichtartig, wie beunruhigt das amtliche Spanien auf die jüngsten Vorgänge reagiert, nicht nur auf die Entdeckung einer anarchistischen Untergrundgruppe in Valencia und die Demonstrationen der zweitwichtigsten nationalen Minderheit, der Katalanen, in Barcelona und Terrasa oder auf den Versuch der Kommunisten, im vom Großgrundbesitz geprägten Andalusien eigene "Bauernkommissionen" nach der Parole zu schaffen "Das Land muß denen gehören, die es bebauen". In Sevilla trat der örtliche Zivilgouverneur die Flucht nach vorne an und bestrafte den bisher sakrosankten Granden von Spanien, Juan Antonio Herzog von Estrada und Moreno und Marquis von Villapenas, weil er seinen bei Sevilla gelegenen 50-Hektar-Besitz vernachlässigt und weil dort im Juni ein Flächenbrand ausbrach, der die Anrainer in Mitleidenschaft zog.

Noch bezeichnender ist ein Ereignis, das sich jetzt in Madrid abspielte. Als ein ausländischer Presseemann einige Fotos über Zwischenfälle im Baskenland bestellte, in denen Geistliche und Polizisten eine Rolle spielten, erfuhr er, daß die amtliche spanische Agentur "EFE-Cifra Gráfica" den Verkauf dieser Bilder sperrte. Es war eine Anordnung von vorgesetzter Stelle, die sogar frühere Priesterdemonstrationen umfaßte, von denen Fotos in alle Welt vertrieben worden waren. Die Reaktion des verantwortlichen Leiters spricht für sich selbst: "Ich will nicht ins Gefängnis." Dabei ist dieser ausnehmend liberale und weltoffene Abteilungsleiter ein Mann, der von sich aus alles andere als eine Zensur ausüben will. Das amtliche Spanien ist in jüngster Zeit reichlich nervös geworden. Hinter den Kulissen tut sich mehr, als jeder Außenstehende ahnt. Der Gegner der 1967 abgebrochenen Liberalisierung werden jene Geister nicht mehr los, die sie selbst gerufen haben.

+ + +